

Die falsche Hoffnung in die Windkraft

Welt, 14.10.2022, Daniel Wetzel

https://www.welt.de/wirtschaft/plus241582523/Energiekrise-in-Deutschland-Die-falsche-Hoffnung-in-die-Windkraft.html?sc_src=email_3052842&sc_lid=303832751&sc_uid=9b9AoAfTYB&sc_lid=1903&sc_cid=3052842&cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft&sc_eh=94c824e22aa172ca1

Die Regierung wollte die Zahl neuer Windräder vervierfachen. Gerade in der aktuellen Versorgungskrise ist ein schneller Ausbau vonnöten. Doch der Ökostrom-Boom kommt nicht in Gang. Investoren schlagen sogar die Fördergelder des Bundes aus.

Auch neun Monate nach Amtsantritt der neuen Bundesregierung kommt der Ausbau der Windkraft in Deutschland nicht voran. Fördergelder, die von der Bundesnetzagentur ausgelobt wurden, stießen in dieser Woche bei den Investoren kaum auf Interesse.

Die Ausschreibung für neue Windkraftanlagen an Land blieb deutlich unterzeichnet. „Der dringend notwendige Zubau gerät so auf eine schiefe Bahn“, warnte der Präsident des Bundesverbandes Windenergie (BWE), Hermann Albers.

Es war in diesem Jahr bereits die zweite Auktion von Fördergeldern, zu der sich zu wenig Interessenten meldeten. Bieter fanden sich nur für 58 Prozent der ausgeschriebenen Windkraft-Kapazitäten. Ausgeschrieben zur Förderung durch den Bund waren 1320 Megawatt, doch nur für 772 Megawatt wurden Gebote eingereicht.

Für die Energiewende-Ziele der Bundesregierung ist das ein herber Rückschlag: In der aktuellen Versorgungskrise, in der es laut Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) „auf jede Kilowattstunde ankommt“, fällt die Hoffnung auf schnelle Hilfe durch Windkraft erstmals aus.

„Im Jahr 2023 kann das durch die Ausschreibungsmengen im EEG 2021 vorgezeichnete Ziel von 4,5 Gigawatt voraussichtlich nicht erreicht werden, da mehrere Ausschreibungsrunden in der Vergangenheit unterzeichnet waren“, stellte die Agentur Deutsche Windguard bereits in ihrer Halbjahresbilanz fest.

Jetzt bleibt erneut eine Ausschreibung unterzeichnet, und dies sogar noch deutlicher. Damit dürfte das Ausbauziel von 4,5 Gigawatt im kommenden Jahr endgültig außer Reichweite sein.

Die Politik hatte 2017 das Auktionsmodell zur Förderung der Windkraft eingeführt, um exzessive Gewinne der Ökostromer zu begrenzen. Seither müssen sich Windpark-Projektierer in Ausschreibungen des Bundes um Fördergelder bewerben. Wer den geringsten Zuschuss fordert, darf bauen. Dieser Wettbewerb um die niedrigsten Baukosten soll die finanzielle Belastung der Verbraucher durch Windkraftsubventionen klein halten.

Die Rahmenbedingungen haben sich geändert

Allerdings funktioniert der Kostenwettbewerb nur, wenn viele potenzielle Anbieter um knappes Fördergeld konkurrieren. Dies aber ist nicht mehr der Fall: Die Investoren sind derzeit so verunsichert, dass sie sich zu den Auktionen gar nicht erst anmelden, obwohl sie bereits alle Baugenehmigungen in der Tasche haben.

Grund für die Zurückhaltung der Investoren: Wer in der Auktion einen Zuschlag erhält, muss den Windpark auch in einer gewissen Frist errichten, sonst werden Strafzahlungen fällig. Doch weil sich die politischen und finanziellen Rahmenbedingungen in der aktuellen Energiekrise täglich verschlechtern können, schrecken viele Investoren davor zurück, mit einer Bewerbung um Fördergelder auch eine Bauverpflichtung einzugehen.

Die Lobbyorganisation BWE macht dieses Ausschreibungsdesign für den Missstand verantwortlich. Denn nach den Bestimmungen müssen die Teilnehmer der Ausschreibungen einen Höchstwert beachten: Niemand darf mehr als 5,8 Cent pro Kilowattstunde als Subvention für Windstrom verlangen. Dieser Höchstwert stammt allerdings noch aus einer Zeit, als die Preise für Rohstoffe wie Stahl, Kupfer und Zement noch relativ niedrig lagen.

Weil zwischen dem Zuschlag der Bundesnetzagentur und dem Betriebsbeginn des Windparks oft mehr als 20 Monate liegen, müssen Investoren nun befrüchten, dass die Rohstoffkosten in der Zwischenzeit weiter explodieren und von der Höhe des bezuschlagten Fördergeldes nicht mehr gedeckt werden. Es droht dann ein Minusgeschäft. „Niemand investiert nur auf Grundlage der aktuell hohen Strompreise über 20 Jahre“, sagt BWE-Geschäftsführer Wolfram Axthelm.

Der Lobbyverband BWE fordert deshalb von der Bundesregierung eine Regelung, wonach eine Steigerung der Rohstoffkosten nachträglich auf die Fördersumme aufgeschlagen werden kann.

„Angesichts der durch den Ukraine-Krieg ausgelösten Kostenexplosion entlang der gesamten Wertschöpfungskette ist der ausgeschriebene Höchstwert keine solide Basis für den Abschluss von Projekten“, argumentiert BWE-Präsident Albers: „Um künftige Ausschreibungsrunden wieder auszufüllen, muss der aktuelle Ausschreibungsrahmen dringend an die Marktentwicklungen und den Deutschen Industriepreisindex angepasst werden.“

Heißt: Der Bundeshaushalt soll mehr Fördergelder bereitstellen, weil die Windparkbauer künftig höhere Zulieferkosten geltend machen wollen. Wie hoch der Zuschlag ausfallen muss, um die geplante Windkraft-Offensive endlich in Schwung zu bringen, ist unklar.

Süddeutschland lässt die Stromlücke wachsen

Die Herausforderung scheint aber gewaltig: Ziel der Bundesregierung ist es, ab dem Jahre 2025 jährlich mehr als zehn Gigawatt Windkraft neu ans Netz zu bringen: Das Vier- bis Fünffache früherer Werte und immer noch das doppelte des bisherigen Rekordjahres 2017.

Bereits im kommenden Jahr sollen Fördergelder für 12 Gigawatt neue Windkraft ausgelobt werden, damit man 2025 die Einweihung der neuen Anlagen feiern kann. Doch ob sich im kommenden Jahr genug Interessenten melden, ist unsicher.

Der für die Energiewende zuständige Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Patrick Graichen, hat aber bereits ein „Windkraft-Entfesselungsgesetz“ für diesen Herbst angekündigt. Das soll Investoren die letzten Hindernisse aus dem Weg räumen. Die Windlobby wurde bereits auf der jüngsten Branchenmesse in Hamburg dazu aufgerufen, ihre Wünsche an den Gesetzgeber einzureichen.

Das am Mittwoch bekannt gewordene Ausschreibungsergebnis bestätigt erneut den zurückhaltenden Windkraftausbau in Süddeutschland, obwohl die drohende Stromlücke dort am größten ist. Der größte Teil der bezugschlagten Windkraftprojekte von 772 Megawatt entfiel auf die Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

„Die fehlenden Projekte im verbrauchsstarken Süden – die wir seit Jahren beklagen – vergrößern die dort erkennbare Stromlücke weiter“, kritisierte BWE-Präsident Albers. „Dass die dort verantwortlichen Landesregierungen hier nicht längst aktiv werden, ist inzwischen nur noch als politisches Versagen zu bewerten.“

Windkraftanlagen an Land und auf See produzierten im vergangenen Jahr nach BWE-Angaben 122 Terawattstunden Strom. Das ist gut die Hälfte der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien von insgesamt 234 Terawattstunden.

Nach Angaben der Arbeitsgemeinschaft Erneuerbare Energien-Statistik deckte Ökostrom aus Sonne, Wind, Wasser und Biomasse damit im vergangenen Jahr 41,1 Prozent der Stromnachfrage. Mit ihrer Produktion von 122 Terawattstunden deckte Windenergie insgesamt fünf Prozent des deutschen Bedarfs an Endenergie und 3,6 Prozent des Bedarfs an Primärenergie.